

Ärzteprotest: Mehr als eine Frage des Honorars



Der Konjunktursommer hat den Kostenträgern vermehrte Beitragseinnahmen in die Kassen gespült: 2,7 Milliarden Euro Plus allein im ersten Halbjahr. Insgesamt belaufen sich mittlerweile die Überschüsse der Kassen und

im Gesundheitsfond auf über 22 Milliarden Euro. Das Paradoxe ist aber, dass das Geld nicht für die Innovation einer verbesserten Patientenversorgung eingesetzt wird.

Was passiert eigentlich mit den Beitragsgeldern?

Kassen horten die Beiträge, sie häufen die Gelder der Versicherten an und verkommen zu „Sparkassen“ anstatt in die Patientenversorgung zu investieren.

Damit ist die ambulante medizinische Versorgung in Praxis und Klinik gefährdet. Der Honorarbeschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 30. August 2012 trägt der

gesellschaftlichen Entwicklung von Demografie und Morbiditätslast nicht ausreichend Rechnung. Die Alterung der Gesellschaft verursacht einen rapide steigenden Bedarf an medizinischer und pflegerischer Versorgung auf dem Gebiet der Urologie bei sich gleichzeitig abzeichnendem Ärztemangel. Das „Gutachten“ der Krankenkassen und die damit verbundene Forderung des GKV-Spitzenverbandes zur Absenkung der Gesamtvergütung von insgesamt 2,2 Milliarden Euro macht deutlich, dass es den Kassen nicht um die Verbesserung der ambulanten Patientenversorgung geht.

Der BDU fordert einen Ausgleich der Versorgungsdefizite und eine ausreichende Finanzierung. Eine Anpassung der Vertragsarzt Honorare ist überfällig! 15 bis 30 Prozent unbezahlte Leistungen, seit Jahren keinen Inflationsausgleich, steigende Kosten und vermehrte Bürokratie verursachen miserable Arbeitsbedingungen und entziehen den Vertragsarztpraxen die wirtschaftliche Grundlage. Das Geld muss endlich der Leistung folgen, ansonsten müssen wir die Leistungen dem Geld anpassen. Andernfalls sind nicht nur die Sicherstellung im Kollektivvertrag gefährdet, sondern auch künftige neue Versorgungsformen.

Im aktuellen Honorarstreit appellieren wir als BDU e.V. an die Selbstverwaltung, die überfälligen Finanzmittel für eine ambulante, qualifizierte und wohnortnahe Versorgung in angemessener Höhe bereitzustellen und fordern das Bundesgesundheitsministerium auf, ggf. von seiner Aufsichtspflicht und Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Wir können nicht hinnehmen, dass Krankenkassen immer mehr Versichertenbeiträge sparen statt diese in ausreichendem Maße der Patientenversorgung zukommen zu lassen.

Der Berufsverband der Deutschen Urologen e.V. ist Mitglied des Spitzenverbandes der Fachärzte (SpiFa) und beteiligt sich seit Beginn am gemeinsamen Widerstand gegenüber den Kassen, bei Bedarf auch an eskalierenden Protestmaßnahmen.

Eine Mitgliederumfrage im BDU unterstreicht die Protestbereitschaft. Von unserem Hauptstadtbüro Berlin aus werden die Protestaktionen gesteuert.

1800 Fragebögen wurden per E-Mail und Fax herausgeschickt, 596 Beantwortungen per Fax kamen in den Rücklauf (33 Prozent): Das ist nicht nur eine repräsentative Quote, sondern auch eine hohe Beteiligung, ähnlich wie in den anderen Berufsverbänden.

89,9 Prozent sprachen sich für Protestaktionen aus.

75 Prozent sehen in der Kassensprechstunde nach Vorschrift eine adäquate Antwort auf das Angebot der Krankenkassen. Praxisschließungen sind für 71,9 Prozent ein Mittel der Wahl, wenn alle anderen Maßnahmen nicht greifen.

Regionale Protestveranstaltungen werden deutlich mehr befürwortet (83,9 Prozent) als zentrale Veranstaltungen (52,6 Prozent).

Kaum sind die Proteste der Ärzte allerdings angelaufen, wurden diese bundesweit aufgrund von Verhandlungsangeboten und Nachbesserungen am 15. September 2012 ausgesetzt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Nur was ändert sich, wenn eine 2 oder 3 vor dem Komma steht?

Wir sind angetreten sowohl für eine angemessene und gerechte Honorierung als auch für eine verbesserte Patientenversorgung, für innovative Strukturen und Versorgungsverträge zwecks Sicherung einer qualifizierten, wohnortnahen Versorgung. Wenn nicht jetzt, wann dann?! Die Probleme sind unseren Patienten bekannt. Wir ge-

hen Hand in Hand für eine verbesserte Patientenversorgung, für den Ausgleich von Versorgungsdefiziten!

Ärzte mit KVen, Kammern, Verbänden, Patienten, Mitarbeitern protestieren für eine verbesserte Versorgung in Praxis und Klinik; für verbesserte Arbeitsbedingungen, weniger Bürokratie.

Alle Proteste ruhen zu lassen, ist das falsche Signal, denn es geht um mehr als um ein paar Prozente Honorarerhöhung. Dieser Ausgleich ist überfällig und unstrittig.

Was heißt hier Moratorium, Friedenspflicht? Verpflichtet sind wir unseren Patienten für eine qualifizierte, wohnortnahe und flächendeckende Versorgung.

Wir sind keine Gewerkschaft, sondern freiberuflich tätige Ärzte, Vertragsärzte. Wir befanden uns auch nicht in einer Urabstimmung und Warnstreiks, sondern in einer Mitgliederbefragung zwecks Protestes, mit dem Ziel, die Patientenversorgung künftig auch noch leisten zu können! Hier haben wir einen klaren Auftrag.

Diesem Arzt-Patientenverhältnis ist unser Engagement geschuldet! Und das endet nicht, nur weil Kassen wieder Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Das ist zwar gut so, aber das soll uns Ansporn sein, für und mit den Patienten unsere Aktionen fortzusetzen, damit bei den Verhandlungen auch langfristig etwas herauskommt. Da nützt uns irgendeine Ziffer vor dem Komma wenig!

Gerade jetzt für eine verbesserte Patientenversorgung einzutreten, sich für innovative Versorgungsstrukturen einzusetzen, steht uns gut an, jetzt wo die Honorarforderung der Ärzteschaft wieder in der Verhandlung steht. Wir werden sehen, welche Ereignisse und Ergebnisse die Wochen nach Redaktionsschluss mit sich gebracht haben.

Sicher ist, dass wir Vertragsärzte uns für die Patienten einsetzen und nicht nur für mehr Honorar kämpfen.

Neumünster, im September 2012

Axel Schroeder